

Wieder einmal bastelt ein US-Präsident an einer Koalition der Willigen und Billigen. Friedensnobelpreisträger Obama sucht Komplizen für eine Militärintervention in Syrien und im Irak

Seiten 6 und 8



Protestgesetz

Säkulare und religiöse Gruppen in Ägypten haben eine Hungerstreik-Kampagne initiiert. Interview

2

Asylheim

Jesiden und Christen in Angst: Übergriffe auf syrische Flüchtlinge durch Islamisten in Hamburg

4

Parlamentswahl

Sozialdemokraten in Stockholm auf Koalitionssuche. Rechte Schwedendemokraten drittstärkste Kraft

6

Linkspartei

Tsipras will regieren: Syriza-Vorsitzender stellt Programm für mögliche Neuwahlen in Griechenland vor

7

US-Hilfe für Neofaschisten

Ukraine: Kommandeur des Bataillons »Donbass« in Washington. NATO-Manöver in der Ukraine begonnen. Verwirrung um Waffenlieferungen für Kiew. Von Reinhard Lauterbach

Etwa 1300 Soldaten aus der Ukraine und mehreren NATO-Staaten haben am Montag in der Westukraine mit dem Manöver »Rapid Trident 2014« begonnen. Es findet auf dem Truppenübungsplatz Jaworiw direkt an der Grenze zu Polen statt. Die Bundeswehr hat drei Offiziere als Beobachter entsandt. Zu im Internet kursierenden Fotos, die angeblich in der Nähe von Lwiw aufgenommen wurden und »Leopard«-Panzer mit deutschen Hoheitszeichen zeigen, konnte eine Sprecher der Bundeswehr auf jW-Nachfrage am Sonntag keine Auskunft geben. Am Manöver seien jedenfalls keine Panzer der Bundeswehr beteiligt. Ausschließen konnte er jedoch nicht, daß Panzer aus deutscher Produktion, aber ohne deutsche Soldaten, in der Ukraine im Einsatz sind. In den vergangenen Jahren hatte die Bundesrepublik mehrere hundert »Leopard« an Polen abgegeben. Dessen Präsident Bronislaw Komorowski hat bereits erklärt, daß er nichts gegen polnische Waffenlieferungen an die Ukraine hätte, wenn Kiew darum bäte.

Verwirrung herrscht aber darüber, ob solche schon erfolgt sind. Noch am Sonntag hatte der ukrainische Verteidigungsminister Waleri Geletj behauptet hatte, die Übergabe moderner Waffen an die Armee durch NATO-Streitkräfte sei schon im vollen Gang. Aber am Montag ruderte der Sprecher des ukrainischen Sicherheitsrates, Andrij Lysenko, zurück und erklärte, ihm sei nichts von solchen Lieferungen bekannt.

Etwas wirklich Neues war am Montag jedoch auf der Facebook-Seite des ukrainischen Nationalisten Semjon Semjontschenko zu lesen. Der Kommandeur des aus neofaschistischen



Semjon Semjontschenko im Juni auf einem Stützpunkt der ukrainischen »Nationalgarde«

Freiwilligen zusammengesetzten Bataillons »Donbass« hält sich nach eigenen Angaben derzeit in Washington auf. Er will dort dreierlei erreichen: bei der ukrainischen Diaspora Geld sammeln, Gespräche mit US-Politikern führen und Vereinbarungen darüber treffen, daß Angehörige seiner Truppe an der US-Militärakademie West Point geschult werden. Entsprechende Zusagen sind ihm offenbar gemacht worden. Wenn an seinen Angaben etwas dran ist, hieße dies, daß die USA zur unmittelbaren Unterstützung der ukrainischen Neofaschisten übergehen. Semjontschenko gilt nicht als Wichtigster – und ein solcher Schritt

hätte eine gewisse Logik. Der US-Botschafter in Kiew, Jeffrey Pyatt, hielt schon Anfang des Jahres, wie er selbst sagte, engsten Kontakt mit der »Selbstverteidigung« des Maidan. Wie das US-Außenministerium im Februar beiläufig mitteilte, telefonierte er während des Staatsstreiches im Stundenrhythmus mit dessen Anführern.

»Rapid Trident 2014« ist der Höhepunkt der diesjährigen Manöversaison in Zusammenarbeit von NATO und Ukraine. Erst letzte Woche hatte im Schwarzen Meer die Übung »Sea Breeze 2014« stattgefunden. Außerdem trainieren derzeit kleinere Gebirgsjägersverbände in den Karpaten.

In der Südukraine hat ein Manöver mit Soldaten aus Rumänien und der Republik Moldau begonnen, und Flieger der ukrainischen und der polnischen Luftwaffe trainieren in Polen.

Rußland bleibt diesem konzentrierten Manöverbetrieb nichts schuldig. Nach Angaben der staatlichen Agentur RIA Nowosti hat Präsident Wladimir Putin zuletzt eine Großübung angeordnet, um die Möglichkeiten zur schnellen Verlegung großer Truppenteile zu erproben. Gleichzeitig üben im Fernen Osten Heer, Luftstreitkräfte und Marine zusammen, im Altai-Gebirge trainieren die Strategischen Raketen-truppen und die Luftwaffe.

Libyen: Luftangriff und Hafensperre

TRIPOLIS. Bei Luftangriffen südlich der libyschen Hauptstadt Tripolis ist am Montag ein Munitionslager gesprengt worden. Kampfflugzeuge »unbekannter Herkunft« hätten einen Militärstützpunkt nahe der Stadt Garian bombardiert, berichtete die libysche Nachrichtenseite Al-Wasat unter Berufung auf Augenzeugen. Die Region um die Hauptstadt ist seit Wochen weitgehend unter der Kontrolle islamistischer Milizen.

Derweil hat der abtrünnige und den USA nahestehende libysche General Khalifa Haftar für die ostlibysche Stadt Bengasi eigenmächtig eine Hafensperre ausgerufen, um Waffenlieferungen an Islamisten zu unterbinden. Er werde jedes Schiff bombardieren lassen, das sich unerlaubt dem Hafen nähere, meldete Al-Wasat am Montag unter Berufung auf Anhänger Haftars. Einzige Ausnahme seien Öltanker. (dpa/jw)

Kiel: Verdacht auf Korruption im Amt



KIEL. Die unter Bestechungsverdacht stehende schleswig-holsteinische Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos/Foto) ist zurückgetreten. Wende habe Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) am späten Freitag nachmittag schriftlich ihren Rücktritt erklärt, teilte die Landesregierung am Montag in Kiel mit. Dem Land steht eine Koalition aus SPD, Grüne und Südschleswiger Wählerverband (SSW) vor. Gegen Wende laufen Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der Bestechung und des Betruges. Die ehemalige Ministerin hatte versucht, sich eine »Rückkehroption« in ein Amt an der Universität Flensburg zu sichern, das sie zuvor nicht bekleidet hatte. Dabei soll sie Einfluß auf das Präsidium der Universität genommen haben. Von CDU und FDP wurde die Ministerin auch wegen ihrer angeblich gegen Gymnasien gerichteten Bildungspolitik kritisiert. (AFP/dpa/jw)

Nach den Wahlen lockt die Macht

Linkspartei hofft auf Beteiligung an Landesregierungen in Brandenburg und Thüringen

In Folge der Landtagswahlen, die am vergangenen Sonntag in Thüringen und Brandenburg stattfanden, wären in beiden Bundesländern Regierungsbeteiligungen der Linkspartei möglich. Die Brandenburger SPD kündigte an, sowohl mit der CDU als auch mit der Linken Sondierungsgespräche führen zu wollen. Dagegen erklärte Linke-Spitzenkandidat Christian Görke am Montag in Berlin, daß seine Partei nicht gewillt sei, »für die CDU den Preis (zu) drücken«. So wolle die Linkspartei trotz ihrer

massiven Stimmverluste von mehr als acht Prozent keine Abstriche an ihren Bedingungen für eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD machen, kündigte Görke an.

In Thüringen könnte hingegen mit Bodo Ramelow erstmalig ein demokratischer Sozialist zum Ministerpräsidenten gekürt werden. Dazu müßte es jedoch zu erfolgreichen Koalitionsverhandlungen zwischen der dortigen Linkspartei, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen kommen. Die Sozialdemokraten hatten bisher nicht ausge-

schlossen, Ramelow zum Regierungschef zu wählen. Die SPD war ohne Koalitionsaussage in den Thüringer Wahlkampf gezogen und hatte auch nicht erklärt, das bisher bestehende Regierungsbündnis unter Führung der CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht womöglich nicht fortzusetzen.

Wie am Montag bekannt wurde, schließt Lieberknecht auch eine künftige Zusammenarbeit mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen nicht aus, um sich eine sicherere Mehrheit zu

organisieren. Denn sowohl »Rot-Rot-Grün« als auch »Schwarz-Rot« liegen mit jeweils 46 Abgeordneten zahlenmäßig gleichauf.

Auch Bodo Ramelow warb am Montag bei SPD und Grünen für ein Regierungsbündnis unter Führung seiner Partei. Er versprach den beiden möglichen Partnern eine »Koalition auf Augenhöhe«. Sein genaues Vorgehen wollte der Thüringer Landesvorstand der Linken am Montag abend beschließen.

Markus Bernhardt

◆ Siehe Seite 3

junge Welt wird herausgegeben von 1588 Genossinnen und Genossen (Stand 4.9.2014). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

